

Zeit für Gerechtigkeit?

Bericht von der Bad Boll-Tagung über Flüchtlinge aus Südosteuropa

Von Simone Helmschrott

Ziel der Tagung war es, die Bedingungen in Ländern Südosteuropas zu beleuchten und in Verbindung zu bringen mit Fragen der Flüchtlingsarbeit. Bürgerinnen und Bürger aus nicht der EU angehörenden Staaten des ehemaligen Jugoslawien, die seit ca. zwei Jahren in zunehmender Zahl Asylanträge in Deutschland gestellt hatten, wurden von der Bundesregierung und einigen Leitmedien schlicht als „Wirtschaftsflüchtlinge“ charakterisiert. In der Folge wurden die Asylanträge beschleunigt behandelt und i.d.R. abgelehnt. Die Chancen auf eine Flüchtlingsanerkennung oder zumindest einen subsidiären Schutz waren und sind gleich Null. Ignoriert wurde in den Asylverfahren, dass im Zusammenspiel aus (durchaus eingeräumter) absoluter Armut und (als i.d.R. als mehr oder wenig unbeachtlich eingeschätzter) mehrfacher Diskriminierungserfahrungen, vor allem der nationalen Minderheit der Roma, im Einzelfall in der Gesamtschau eine schwere Menschenrechtsverletzung vorliegen kann.

Stattdessen wurden in der deutschen Debatte Stereotype bedient und weder die Armut noch die Diskriminierung wurden ernst genommen. Stattdessen wurden die davon Betroffenen diskreditiert. Asylpolitisch führte dies dazu, dass Asylanträge quasi keine Chance haben, anerkannt zu werden. Hierzu stellte sich im Rahmen der Tagung die Frage, nach welchen Kriterien geprüft und entschieden wird und wie in der Beratung zielführend begleitet werden kann. Die Verknüpfung dieser beiden Beobachtungen – der gesellschaftlichen Debatte wie der asylpolitischen Lage – erfolgte durch Podiumsgespräche und –diskussionen, Vorträge, Arbeitsgruppen und Diskussion in thematischen Foren.

Vorträge am Freitag

Der Journalist und Autor Norbert Mappes-Niediek („Arme Roma, böse Zigeuner – Was an den Vorurteilen über die Zuwanderer stimmt“, Ch. Links Verlag, 2. Auflage 2012) führte in die Tagung ein zur Lage der Armutszuwanderer in ihren Heimatländern. Er beschrieb seine ersten Erfahrungen bei der Recherche mit dem Bild vom Kamera-Autofokus: „Ich dachte, ich richte die Linse auf die Objekte und der Autofokus wird schon arbeiten und scharf stellen. Aber der spielte verrückt.“ Denn

statt der Menschen und deren vermeintlicher Kultur („von einer Roma-Lebensweise kann man nicht sprechen“) wurden deren Bedingungen, „die hässlichen Gebäude im Hintergrund“, deutlich. So kam er zu dem Schluss: „Was wir als ‚Roma‘ wahrnehmen, ist oft das Abbild der Bedingungen von Armut.“ Was entstehe, sei folglich Armutsmigration, die man aber nicht unterbinden sollte. Probleme entstünden, indem Armutsmigranten vom sozialen Sicherungssystem ausgeschlossen würden, denn auf diese Art schaffe man erst die „Slums“, so Mappes-Niediek. Projekte, so sein Fazit, seien aber nicht die Lösung, erst recht nicht dezidierte „Romaprojekte“. Denn Fragen der Gesundheitspolitik, der Armutsbekämpfung und der Sozialpolitik in den Herkunftsländern sind aus seiner Sicht keine Roma-Fragen. Diese These und seine Ausführungen sorgten für eine intensive Diskussion über die Frage, ob die Diskriminierung von nationalen Minderheiten der Roma in Südosteuropa tatsächlich ein rein soziales Phänomen sei oder ob nicht vielmehr der tiefliegende Antiziganismus in den Herkunftsländern wie auch bei uns ebenso wichtig sei.

Der Beitrag von Rudko Kawczynski (Rom und Cinti Union e.V. sowie Präsident des European Roma and Travellers Forum) am Samstag betonte dage-

gen, dass Antiziganismus Teil des kulturellen Kodex' vieler südosteuropäischer Länder sei. Er kritisiert allerdings auch das Projektwesen. EU-Projekte seien meist „nice looking, but useless“, und machten die nationalen Minderheiten der Roma zu Objekten der EU, nicht zu Partnern.

Samira Ajzeri (zuvor Deutsche Botschaft in Pristina/Kosovo, jetzt Hochschule Karlsruhe) brachte einen weiteren Aspekt in die Debatte ein: Bei Rückkehrern wird meist nicht beachtet, wie schwer die Wiedereingliederung in eine inzwischen fremde Welt oft fällt. Das gilt insbesondere für Kinder. Eine berufliche Ausbildung ist kaum möglich in

Kosovo, sodass die akademische Ausbildung die einzige Möglichkeit ist. Akademiker wie z.B. Mediziner, entscheiden sich in der Folge oft dazu, nach Deutschland oder Europa auszuwandern. Hohe Lebenshaltungskosten (Lebensmittel meist teurer als in Deutschland) und schlechte Berufsaussichten tragen zur Entscheidung für eine Auswanderung bei. In Bezug auf die Situation der nationalen Minderheiten der Roma konnte sie bestätigen, dass Vorurteile bezüglich der „Roma-Viertel“ in der Gesellschaft sehr lebendig sind. Vertiefte Diskussion zu einzelnen Aspekten war in den Foren möglich.

Ergebnisse der Foren am Samstag

1. Die Verantwortung der Medien und die Macht der Sprache (Ferda Ataman, Mediendienst Integration Berlin)

Feststellungen:

- An Medienbeispielen wurde deutlich: In Formulierungen finden sich politische Ziele wieder
- Pauschale Zuschreibungen wie Armutszuwanderer für eine Gruppe haben (besser: zeigen) Wirkung
- Medien haben eine Schlüsselfunktion!

Empfehlungen:

- Genauigkeit, gründliche Recherche
- Wenn möglich keine Label verwenden
- Mit Betroffenen reden
- Proaktiv auf Journalisten zugehen und auf Themen hinweisen
- Bei fehlerhafter Berichterstattung mit Journalisten Kontakt aufnehmen
- Hintergrundgespräche für Journalisten anbieten...

2. Zielführende Beratung und Unterstützung von Roma im Asylverfahren (Jürgen Blechinger, Jurist beim Evangelischen Oberkirchenrat Baden)

Beratung bei Bescheid ‚offensichtlich unbegründet‘:

- Eilanträge haben selten einen Sinn
- Ratschlag: Im Normalfall keinen Eilantrag stellen, stattdessen das Geld für die Rückkehr verwenden
- Nach Ablehnung des Antrags folgt Unterschrift unter ‚Freiwillige Ausreise‘!
- Fälle, die Chance auf Anerkennung haben oder die wegen Krankheit einen Aufenthalt erhalten könnten, herausfinden, idealerweise vor der Anhörung beim Bundesamt
- Dann kann von Seiten des Anwalts nach der Ablehnung auf die Besonderheit aufmerksam gemacht werden, und Flüchtlinge können begleitet und eine richtige Protokollierung überprüft werden.
- Wichtig: Beweismittel für Verfolgung als Angehörige der nationalen Minderheiten der Roma

- Bei schweren Krankheiten sind Behandlungsmöglichkeit und Bezahlbarkeit der Behandlung zu prüfen
- Bei Traumatisierung: Versuchen, Flüchtlinge nicht wieder an den Ort zurückzuschicken, an dem Traumatisierung droht
- Ein Therapeut kann Aussagen über Glaubwürdigkeit des Vortragenden machen, was bei der Erreichung eines Aufenthaltes helfen kann (§60.7 AufenthG)

3. Die Debatte um ‚Armutzflüchtlinge‘ aus Rumänien und Bulgarien (Markus End, Politologe, Berlin)

- Klare Unterscheidung Armutszuwanderer (aus den EU-Staaten Rumänien und Bulgarien) und Armutzflüchtlinge (aus anderen Staaten Südosteuropas), wobei diese Begriffe nur teilerklärend sind.
- Worterklärung Antiziganismus: Nicht Anti-Ziganismus, sondern Antiziganismus (Substantivbildung zur Beschreibung einer antiziganen Gesinnung).
- Anhand von Medienbeispielen (ZDF-Morgenmagazin) wird deutlich: Rumänen und Bulgaren, die in Deutschland eintreffen, werden pauschal zu Armutszuwanderern erklärt und mit ‚Roma‘ gleichgesetzt
- Alle Roma und Sinti (!) werden damit gleichgesetzt mit Armutszuwanderern (sachlich falsch, denn Sinti sind keine Einwanderer, sondern leben bereits seit Jahrhunderten in Deutschland).
- Diese Gruppe wird klar typisiert; ihr werden Eigenschaften zugeschrieben wie ungebildet, kriminell, schmutzig.
- Das wird vertieft insbesondere durch Bildmaterial, das gängige Stereotype voraussetzt und bestätigt.
- ‚Roma‘ wird zum sozialen Terminus: „Nicht nur Roma, auch Studenten wandern ein!“ Damit wird ein soziales Problem ethnisiert.

4. Erfahrungsbeispiel für humane Aufnahme in Deutschland: Freiburg (Hans Steiner, Integrationsbeauftragter der Stadt Freiburg)

Stadt Freiburg fördert die Integration von Roma: 2. Resolution des Gemeinderats Oktober 2012. Gelungene Aktionen in Freiburg:

- Gründung des „Roma-Büros“ außerhalb vom Wohn-

heim als Selbstorganisation

- Studierende gehen in „Roma-Familien“ und unterstützen die Kinder
- Theater hat einmal im Jahr eine Produktion zum Thema Flucht
- 8. April wird als Fest gefeiert, Roma laden ein
- Mit Jugendlichen Ferien an der Nord- und Ostsee: „Roma-Invasion“ auf YouTube über die Reise 2012

Vorschläge aus dem Forum:

- Die generelle Zuständigkeit des Regierungspräsidiums Karlsruhe sollte rückgängig gemacht werden und bei allen Regierungspräsidien angesiedelt sein
- Kirchen, LIGA, Flüchtlingsrat u.a. sollen sich weiter für eine stichtagsfreie Bleiberechtsregelung einsetzen

5. Projekt für vertriebene Roma in Serbien (Johannes Flothow, Diakonisches Werk Württemberg)

Ecumenical Humanitarian Organisation (EHO) in der Wojwodina; ökumenisch, multiethnisch organisiert und zusammengesetzt

- Rückkehrerprojekt, das seit 6 Jahren läuft
- Unterstützung bei: Wohnraum, Zugang zur Schule für Rückkehrerkinder, Arbeitsmarkt, Dokumente/ Legalisierung (einer der erfolgreichsten Bereiche)
- Settlement-Sanierung in Kooperation mit der Kommune schafft Arbeitsplätze und beugt Diskriminierung vor.
- Film des SWR: Menschen unter uns, 2013

Podiumsdiskussion am Sonntag

Bei der Podiumsdiskussion am Sonntag wurden die asylpolitischen Fragen noch einmal vertieft. Im Fokus standen die Asylverfahren, die Qualität der Anhörungen beim Bundesamt ebenso wie die Frage nach Fluchtgründen und Verfolgungsanerkennung.

Andreas Dihlmann (BAMF) stimmte zu, dass eine sehr schnelle Anhörung und Entscheidung im Falle der nationalen Minderheiten der Roma in der Tat ein Stück weit eine Ungleichbehandlung sei. Er bestätigte außerdem, dass derzeit die allermeisten Verfahren mit „offensichtlich unbegründet“ entschieden werden. Eine direkte Weisung dazu gebe es aber nicht. Das Problem sei, dass der Vortrag der meisten Antragsteller bei der Anhörung von „niederschwelliger Natur“ sei. Das BAMF bemühe sich, Antragsteller, „die in großen Verbänden kommen, innerhalb einer Woche anzuhören.“ Die Situation in den jeweiligen Ländern werde nicht als menschenunwürdig oder als Verfolgungssituation eingestuft. Rudko Kawczynski verwies auf Mazedonien, wo im Falle einer Rückkehr aus Deutschland eine Haftstrafe drohe, da die nationale Minderheit der Roma das Land nicht verlassen dürfe. Da meist nur über eine Drittsprache wie albanisch, mazedonisch, serbokroatisch angehört werde, selten aber in Romanes, bezeichnete er die Verfahren als „rechtswidrig“. Dihlmann bestätig-

te, dass Romanes-Übersetzer sehr rar seien, vor jedem Gespräch aber aufgrund der Angaben zu Sprachkenntnissen ein Dolmetscher bestellt werde. Er betonte aber, dass seiner Auffassung nach Sprachprobleme nicht bestimmend seien in den Gesprächen. Eine weitere Diskussion entspanne sich zum Thema der kumulativen Diskriminierungen; Berater und Rechtsbeistandsseite vertreten die Auffassung, dass bei kumulativer Diskriminierung im Einzelfall in der Gesamtbetrachtung eine Menschenrechtsverletzung vorliegen könne, die den Charakter einer Verfolgung und damit die Voraussetzungen für einen Flüchtlingsschutz erfülle. Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sei bisher nicht geplant, eine solche Sichtweise zu prüfen, so Andreas Dihlmann.

Literaturhinweis:

Marx, Reinhard (2013): Diskriminierung als Fluchtgrund. Verletzungen sozialer Rechte und ihre flüchtlingsrechtliche Relevanz. In: Informationsdienst Asyl & Migration: Asylmagazin 7-8/2013, S. 233-239.

Seit 19 Jahren betreue ich als Ärztin Flüchtlinge maßgeblich von medizinischer Seite. Ich erlebe ihre Nöte und Sorgen, ihre Erwartungen und Hoffnungen, aber eben auch ihre Erfahrungen im Umgang mit deutschen Mitmenschen, deutscher Bürokratie und Verwaltung. Letztere macht ihnen das Leben oft schwer und im Umgang mit den Hilfe- und Zuflucht-Suchenden herrscht vielfach ein rauhes Klima und schroffe Ablehnung, - kalter Gegenwind.

Der Flüchtlingsrat BW kümmert sich. Er sorgt sich um Wohlergehen und faire Behandlung der Menschen, die aus Not und Elend fliehen konnten. Er gibt ihnen eine Stimme, die sie sich selbst vielfach nicht trauen zu erheben. So hat der Flüchtlingsrat ein wachsames Auge auf die Lebenssituation der Flüchtlinge in Baden-Württemberg im Bestreben um ein menschenwürdiges Dasein. In Verfahrensfragen ist der Flüchtlingsrat Ansprechpartner, gibt kompetent Auskunft und Hilfestellung, - eine Hilfestellung, die nicht wie beim Anwalt Kosten verursacht.

Für diese Aufgaben bedarf es Menschen mit entsprechender Grundhaltung, viel Geduld, natürlicher Kompetenz, aber vor allem Idealismus. Ansprechpartner bei uns vor Ort war oder ist Andreas Linder vom Flüchtlingsrat BW, der sich unermüdlich nach besten Kräften mit seiner ganzen Person für die Belange der Flüchtlinge einsetzt. Gut, dass es ihn hier gibt.

Dr. Bettina Seitz, Hardheim

Die Autorin:

Simone Helmschrott ist Islamwissenschaftlerin und Historikerin und arbeitet als Studienleiterin in der Evangelischen Akademie Bad Boll.